

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Neben- & Comp., Nr. 1266

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der ...

Am 31. Oktober wählen alle die Liste 4

Verlagspreis: 20 Pf. ...  
Abonnementpreis: 3,00 M. ...  
Telefon: 1266

Nr. 249

Dresden, Montag den 25. Oktober 1926

37. Jahrg.

## Um die Früchte betrogen!

Die Fürsorgepolitik hat elend versagt — Nicht Armenunterstützung, sondern Wohlfahrtspflege!

Zur Neuordnung des Wohlfahrtswesens in der neuen Fürsorgegesetzgebung ist immer wieder in Wort und Schrift herbeigehandelt worden, wie weit wir es mit unserer modernen Wohlfahrtspflege im Gegensatz zur bisherigen Armenpflege gebracht hätten. Wie weit trifft das in Wirklichkeit zu?

Die alte Armenpflege war die ständische Schöpfung eines kapitalistisch orientierten Staates. Sie ging so weit, die Armen, die ja selbst zum größten Teil Opfer dieser Wirtschaftsordnung waren, als Schuldige anzusehen, denen man nicht mehr geben dürfte als sie gerade brauchten, um deren leidlichen Unterhalt zu sichern. Dieser Verurteilung der Armut folgte die politische und staatsbürgerliche Entziehung. „Armenpflege“ war nichts anderes als die notwendige Versorgung der der Gesellschaft sonst gefährlich werdenden Elemente. Keinen Deut besser ist die fruchtbare Armenpflege, die die Armen bedingte als „Himmelstempel für die Reichen“. Wie weit sind wir heute darüber hinaus?

Was heute bei der Kampfung um die „gehobene“ Fürsorge. Dessen Ursache lag darin, daß Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner bei den Verhandlungen über die neue Fürsorgegesetzgebung mit vollem Recht sich energisch gegen die Verdrängung in die alte Armenpflege wehrten und ausreichende Unterstützungsfälle verlangten. Von Regierungsseite wurde damals entgegen, daß man sich um die gleichmäßige Leistung aller Unterstützungsfälle für alle Gruppen von Fürsorgeempfängern über das bloße Existenzminimum hinaus bemühe, so daß kein Anlaß für die protestierenden Gruppen vorläge, eine Sonderstellung zu fordern. Außerdem sollte in der neuen Fürsorgegesetzgebung nicht mehr der Begriff „fittliches Verschulden“ in Anwendung gebracht werden. Es war die höchste Zeit hierfür, denn inzwischen war die Sozialforschung längst so weit fortgeschritten, eine erhebliche Einschränkung des Schuldgedankens selbst in der neuen Strafgesetzgebung zu verlangen. Darüber beruhigten sich die Gemüter, zumal den protestierenden Gruppen noch dazu ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht zugesprochen worden war.

Inzwischen sind mehr als 2 1/2 Jahre darüber vergangen. Das Reich erließ zur Ausführung der Fürsorgegesetzgebung die Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der Fürsorge und Sachgenüsse weitere Ausführungsbestimmungen hierzu. Je mehr aber Zeit über dem damaligen Versprechen verging, um so weiter entfernte man sich praktisch von allen früheren Zusicherungen. Es mußte schon etwas stark befremden, daß das Reich die Umwandlung der alten Armenpflege in eine gehobene Wohlfahrtspflege aus finanziellen Gründen für unmöglich erklärte. (In gleicher Zeit wurden die Besitzlosen ermächtigt) Darüber hinauswünschen sollte den Ländern und Fürsorgeverbänden überlassen bleiben.

Sachen hat mit dem neuen Wohlfahrtspflegegesetz zwar programmatisch den von Reich vorgeschriebenen Aufgabenkreis weit überschritten, hat aber gerade bei der Frage einer all-

gemeinen Erhöhung der Unterstützungsleistungen gänzlich versagt.

Das kam dadurch, daß man die Entscheidung über die zu gewährenden Unterstützungen den Bezirksfürsorgeverbänden überließ. Diese aber erklärten, nicht genügend Mittel zur Hebung des gesamten Unterstützungsstandes zu besitzen. (In gleicher Zeit wurden auch in Sachsen auf Betreiben der Demokraten Reinhold und Lehne die Besitzlosen ermächtigt)

Auf diese Weise wurden die Fürsorgeempfänger zum Opfer der Koalitionserregung.

Natürlich laudeten bald wieder neue Forderungen nach einer gehobenen Fürsorge auf, die den Sozial- und Kleinrentnern dann auch tatsächlich ausbezahlt werden mußten. Seit dieser Zeit haben wir zwei Gruppen von Hilfsbedürftigen. Die einen sind diejenigen, die einer gehobenen Fürsorge teilhaftig werden und darüber nur zu beklagenswerten sich. Die andern, die niedriger klassifizierten, sind die, die tatsächlich nur die eine Schuld tragen, daß die Ursachen ihrer Hilfsbedürftigkeit nicht so eindeutig festgelegt werden können wie etwa bei Kriegsbeschädigten oder Kleinrentnern. So ist schon kein äußerlich wenigstens ein Teil der Hilfsbedürftigen auf die Stufe der alten Armenunterstützungsempfänger herabgedrückt worden.

Wie wenig man sich aber auch innerlich von der unwürdigen Armenpflege entfernt hat, beweist die Tatsache, daß entgegen den gemachten Versprechungen sich doch wieder der Begriff des „fittlichen Verschuldens“ bei der Fürsorgegesetzgebung des Reiches und auch wiederum in Sachsen eingeschleppt hat. „Fittliches Verschulden“ und „unwirtschaftliches Verhalten“ berichtigt zur Herabsetzung der Fürsorge auf das zur Leistung des Lebens unerlässliche und zur Unterbringung in Arbeitsstätten, aber daß die Betroffenen verpflichtet sind, zu prüfen, welche fruchtlosen Einnahmen oder sozialen Schäden hierbei mitspielen! In Sachsen ist dieses System der zwangsbewährten Unterbringung in die Arbeitsstätten sogar weiter verallgemeinert worden! Will man etwa wieder Korrekturen einbringen? Warum ist man nicht den Weg des § 27 des Wohlfahrtspflegegesetzes weitergegangen: Unterbringung von Sozialen nicht in Zwangsarbeit, sondern in fürsorgereiche und erzieherische Betreuung?

Damit sind nur zwei der wesentlichsten Fehler des neuen viergrößten Fürsorgegesetzes festgestellt. Der eine Fehler liegt in der ungenügenden Unterstützung und der daraus hervorgegangenen Klassenbildung innerhalb der Hilfsbedürftigen, durch die wiederum eine Gruppe sozial klassifiziert wird; der andere darin, daß sich der Begriff der Schuld wieder mit dem der Hilfsbedürftigkeit verbindet und die Hilfsbedürftigen schied in „Würdige“ und „Unwürdige“. Unser ganzes Streben war seit Jahren darauf gerichtet, gerade diese herabsinkenden Stufen der Fürsorge mit allen Mitteln zu beseitigen.

Die ungeliebte Koalitionspolitik in Sachsen hat uns um die wertvollsten Früchte unserer Arbeit betrogen. Fürsorgeempfänger, Sozial- und Kleinrentner, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Erwerbslose und Schwerbeschädigte, merkt euch das bei der Landtagswahl! Darum wählt am 31. Oktober nur die Liste der Sozialdemokratischen Partei!

### Reichsregierung und Wilhelm

Offiziell wird folgendes bekanntgemacht: Die Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland hat in weiten Kreisen des Auslandes starke Beunruhigung hervorgerufen. Die Reichsregierung hat sich deshalb betätigt gesehen, durch den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert gegenüber dem Vertreter der amtlichen englischen Reiter-Agentur in Berlin eine Erklärung abgeben zu lassen, aus der hervorgeht, daß die Reichsregierung einer Rückkehr des Kaisers völlig ablehnend gegenübersteht. Anlässlich der Beratung des von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurfs, der jede Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kaisers von vornherein bündig ausschließt, wird die Regierung die in ihrem Einverständnis von Staatssekretär von Schubert abgegebene Erklärung wahrscheinlich durch eine weitere Verlautbarung des Gesamtkabinetts bestätigen. Es ist anzunehmen, daß Gelegenheit hierzu im Plenum des Reichstages und höchstens während der Ausdrucksberatungen genommen wird.

So die Reichsregierung zu ihrer Erklärung stehen wird, hat der Reichstag zu prüfen. Der Reichstag selber aber muß im Namen des Volkes nicht nur sein Mandat bewahren, sondern durch Beschlüsse das einzige wirksame Mittel gegen die Wäffler des Reichsverderbers schaffen.

### Tschechische Faschistenhebe

Prag, 24. Oktober. (S. Fr.) Die tschechischen Faschisten begannen jetzt die nationalen Demonstrationen der Stadt, um die tschechische Regierung zu mobilisieren. Der tschechische Faschist Dr. Sava, Chef der tschechischen Faschisten, hat jetzt in der Stadt der tschechischen Faschisten eine Rede gehalten, in der er die tschechischen Faschisten zum Kampf gegen die deutsche Regierung aufgerufen hat. Dr. Sava gehört der Nationalsozialistischen Partei an und hat auf ihrem

extrem-nationalistischen Flügel. Der Aufruf erfolgt ohne besonderen Anlaß und nennt keine Gegner der Faschisten. Es ist aber klar, daß Sava seine Stellung als Bürgermeister der Hauptstadt dazu mißbraucht, um den Faschisten unter die Arme zu greifen. Wähler der Regierungsparteien können sehr verlegen und verärgert zu diesem Angriff Stellung nehmen.

### Moskau streicht die rote Fahne

Moskau, 25. Oktober. (S. Fr.) Zentralkomitee und Parteileitung, die führenden bolschewistischen Parteiführer, befaßten sich am Sonntag mit der Tagesarbeit der verhafteten, aber bereits unterwerflichen Opposition. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der den Mitgliedern des Zentralkomitees, Trakt, Sinowjew und Kamenew, sowie einer ganzen Reihe anderer maßgebender bolschewistischer Führer ein Verweis erteilt wurde. Gleichzeitig wurden die Verhafteten auf die Unzulässigkeit einer Verletzung der Parteizucht hingewiesen. Die Parteizucht erfordert jetzt, daß keinerlei Debatte über die Parteiführung in den Organisationen eröffnet werde. Dies Gebot mußten sie einhalten. (Der Aufruf in Verbindung mit dem Verbot!) Es ist bemerkenswert, daß sich Kodel nicht unter den Verhafteten befindet. Im übrigen wurde Sinowjew in seiner Tätigkeit im Komitee der Dritten Internationale entlassen und Trakt seiner Pflichten als Mitglied des politischen Bureau entsetzt.

D. Berlin, 24. Oktober. Eine weitere Meldung aus Moskau besagt, daß die offizielle Pläne der Sowjetunion in Zukunft nicht mehr die rote Fahne mit Sichel und Hammer sein soll, sondern in einer rot-grünen Platte mit gelber Umrandung und mit Sichel und Hammer im Mittelpunkt bestehen wird. Angeblich sind diplomatische Gründe für diese Veränderung maßgebend. Nichtsdestowenig soll erklärt haben, daß die rote Platte das Symbol einer politischen Partei verächtlich behandelt werde. Eine Großmacht wie Rußland müsse aber eine Platte haben, die Macht einflöße. Die rote Platte gibt diese Wirkung heute nicht wieder, obwohl sie durch alle bürgerlichen Regierungen verehrt worden ist.

### Reinholds Steuerpolitik

Schonung der Besitzenden — Schwere Belastung der Verbraucher

Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold nahm auf der am Sonntag abgebrochenen Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion und der Landesparlamentarier Belegkarte, auf seine Finanzpolitik einzugehen. Er bezichtigte die Lage der deutschen Finanzen als „äußerst ernst und gespannt“. Sein Ziel sei es immer, „hört an der Grenze des Defizits (inaktive)“, da die Ansammlung von Steuerverbänden in den beiden letzten Jahren (Zufuhr) eine Leistungsfähigkeit Deutschlands, dergestalt und unsere Interessen im In- und Ausland beeinträchtigt habe.

Bezüglich des Finanzausgleichs bemerkte der Minister, daß einer einseitigen Regelung eine Revalorisationsreform vorgehen müsse. Sie sei aber durch Beschäftigungsprobleme behindert. Er gelte trotzdem, die Vereinfachung im Interesse einer wirklichen deutschen Verwaltungsreform vorzubereiten. Den Ländern und Gemeinden verleihe der Minister den Finanzausgleich dadurch schmackhafter zu machen, daß er eine finanzielle Entlastung der Länder und Gemeinden hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge durch das Beschäftigungsmaß in Aussicht stelle, mit dem er ab 1. April 1927 rechnen. Am übrigen ist sich Dr. Reinhold darüber klar, daß dem einseitigen Finanzausgleich eine Hebergangsaktion (Previsorium) von ungefähr einem Jahr vorausgehen muß. Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge stellte er dem Minister den Grundgedanken auf, Steuerermittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge nicht zu verwenden. Nur die Arbeitsbeschaffung sollen hohe Beträge aus Anleihen bereitgestellt werden, die vor allen Dingen der Schlüsselindustrie zugute kommen müßten.

Der Minister beschäftigte sich weiter mit dem Aufkommen aus den einzelnen Steuern. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß sich die Erträge aus den Zöllen steigerten, während die Erträge anderer Steuern, z. B. Vermögens- und Erbschaftsteuern zurückgingen. Insbesondere sieht er in der Erbschaftsteuer noch eine wichtige Steuerreform. Der überhöhten Belastung des Verbrauchers durch die Erbschaftsteuer durch eine Verminderung der Zuckerteuer und eine Erhöhung der Branntweinsteuer (Monopolabgabe) entgegenwirken. Es muß festgestellt werden, daß eine, wenn auch weitgehende Verminderung der Zuckerteuer nicht der überhöhten Verbrauchbelastung gerecht wird. An sich ist die ganze Steuerermittlungspolitik des Finanzministers auf ein Gewicht an der Erzeuger und den Handel hinausgerichtet, da die vorgenannten Steuerermittlungen tatsächlich keinen sinkenden Einfluß auf den Preisstand gehabt haben. Hier ergibt sich die Notwendigkeit, durch eine wirkliche steuerliche Entlastung des Verbrauchers der Wirtschaft Anregungen zu geben, was im Grunde genommen die beste Steuerpolitik ist.

Herr Reinhold tat sich bekanntlich auf seine Steuerabbaupolitik viel zugute. Er hat dabei bisher Glück gehabt. Im Reichshaushalt hat sich bisher ein Defizit nicht ergeben, im Gegenteil, das Reich hat einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben zu verzeichnen. Um so ärger sind aber Länder und Gemeinden von der Steuerabbaupolitik Reinholds betroffen worden. Die Länder haben vielfach ein Defizit, wie z. B. der sächsische Staat, und die Gemeinden wissen nicht, wie sie die notwendigen Ausgaben decken sollen.

Der Grundgedanke Reinholds, daß das Reich mit seiner Finanzpolitik immer hart an der Grenze des Defizits hinarbeiten habe, ist sehr bedenklich. Eine derartige Finanzpolitik kann nur zu leicht dazu führen, daß sich sofort ein Defizit ergibt, sowie sich die Wirtschaftslage verschlechtert und infolgedessen das Reich niedrigere Einnahmen und höhere Ausgaben hat. Außerdem bedeutet eine derartige Politik, daß das Reich in allzu starkem Maße von dem Privatkapital abhängig wird. Es muß, sowie sich ein größerer Geldbedarf einstellt, sofort bei den Großbanken betteln gehen. Und scheint es vielmehr notwendig, daß sich Reich und Länder genügend Reserven schaffen. Es ist nicht richtig, daß derartige Gelder der Volkswirtschaft entzogen werden, der Staat hat durchaus die Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß das das von ihm angeammelte Geld, solange er es nicht für seine Zwecke braucht, der Volkswirtschaft zugeführt kommt. Aber Herr Reinhold ist eben ein Vertreter großkapitalistischer Interessen, und das Großkapital muß wünschen, daß der Staat möglichst arm bleibt. Je ärmer der Staat, um so größer die Macht des Kapitals.

Der Reichsfinanzminister mußte zugestehen, daß die Erträge der Zölle, die die Massen belasten, sinken, während die Ergebnisse aus den Besitzsteuern zurückgegangen sind. Leider zieht er daraus nicht den Schluß, daß bei den Besitzsteuern stärker zugegriffen werden muß. Er begnügt sich damit, die Erbschaftsteuer als eine Steuerreserve zu bezeichnen. Warum so zaghaft, Herr Finanzminister? Die Erbschaftsteuer bringt allerdings nur lächerlich kleine Beträge. Wenn der Herr Finanzminister selbst anerkennt muß, daß hier noch mehr herausgeholt werden kann, dann bitte, recht schnell zuzugreifen! Er gibt in unserem Lande, in dem immer noch Millionen Arbeitslose vorhanden sind, so viel Not, daß die Verwendung für die Maßnahmen leicht zu finden wäre.

Um wenigstens den Massen etwas zu bieten, kündigt Herr Reinhold eine Ermäßigung der Zuckerteuer an, die freilich durchaus erwünscht ist, aber nicht genügt würde, um die allzu hohe Steuerbelastung der Massen gewöhnlich zu mildern. Bekanntlich streben unsere Agrarier nach einer Erhöhung des Zuckerpolls. Herr Reinhold sieht sich aber die Frage der Zuckerpollerhöhung nicht ge-

895